

S I D

Society for International Development

Chapter Bonn



Nachlese

zum 52. Entwicklungspolitischen Fachgespräch vom 11. Oktober 2007

**Königlich verordnete Demokratie -
Bhutans neue Verfassung und Verfassungswirklichkeit**

**Gespräch mit Dr. Manfred Kulesa
Honorarkonsul des Königreichs Bhutan**

Frau Dr. Lindemann begrüßte die Teilnehmer des Entwicklungspolitischen Fachgesprächs und stellte den Redner des Abends, Herrn Kulesa, vor. Dieser sei seit 50 Jahren in der EZ aktiv, habe für das UNDP, die DSE den DED und die Kirchen gearbeitet. Heute sei er Honorarkonsul des Königreichs Bhutan.

Auf Initiative des Königs habe das Land eine neue Verfassung erhalten; Ende des Jahres seien die ersten Wahlen vorgesehen.

Herr Kulesa habe Bhutan erst kürzlich bereist. Ein bei dieser Reise mit Rolf Seelmann-Eggebert entstandener Film sei im Dezember bei der ARD zu sehen. Damit übergab sie dem Redner das Wort.

Herr Kulesa betonte, er freue sich über die Chance, in diesem Rahmen über Bhutan zu sprechen. Der konkrete Anlass für dieses Gespräch sei der vom vierten König Bhutans eingeleitete Systemwechsel. Dieser wolle das Land in eine Demokratie verwandeln. Dazu sei er mit der neuen Verfassung in alle 20 Distrikte von Bhutan gereist und habe mit den Leuten über sie gesprochen. Damit sei die Verfassung legitimiert, ohne dass darüber ein Referendum stattgefunden habe. Der erst 51-jährige König sagte, er werde nunmehr abdanken. Sein Sohn werde dann der erste konstitutionelle Monarch werden.

Das Land verdiene Aufmerksamkeit, unterstrich Herr Kulesa, es vollziehe ein historisches Experiment. Im vergangenen Jahr sei die deutsche EZ mit Bhutan eingestellt worden. Die GTZ sei die letzte dort aktive deutsche Organisation gewesen, Die politischen Stiftungen seien nicht vertreten.

Er habe im Juli eine Reise mit Rolf Seelmann-Eggebert nach Bhutan unternommen. Der habe dort ursprünglich einen Film über die Monarchie drehen wollen, der aber schließlich die neue Verfassung zum Inhalt gehabt habe. Dieser Film werde im Dezember ausgestrahlt. Weitere Informationen fänden sich bereits jetzt in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Der Überblick“, sowie in der Zeitschrift „Thunlam“, die auf der Homepage der Deutschen Bhutan Himalaya Gesellschaft e. V. unter www.bhutan-gesellschaft.de abgerufen werden könne.

Herr Kulesa gab eine Einführung in die Geschichte des Landes. Der Heilige Padmasambhava habe den Buddhismus nach Bhutan gebracht. Im 17ten Jahrhundert habe der aus Tibet stammende Shabdrung Nawang Namgyal Bhutan zum Staat gemacht. Im Jahr 1907 sei der Herzog Ugyen Wangchuck mit englischer Unterstützung zum ersten König gewählt worden. Die Monarchie sei somit 100 Jahre alt.

In Bhutan würden 20 Sprachen gesprochen, die Nationalsprache sei das Dzongkha, eine tibetische Sprache. Es gäbe drei große Bevölkerungsgruppen, die im Osten, im Westen und im Süden siedelten. Bhutan sei etwa so groß wie Niedersachsen und habe zwischen 700.000 und 800.000 Einwohnern. Etwa 400.000 Menschen seien wahlberechtigt. 105.000 Flüchtlinge befänden sich in Nepal.

Bhutan liege eingeschlossen zwischen Indien und China. Es sei schwer für ein Land, nur zwei Nachbarn zu haben. Es habe im Himalaya ein gutes Dutzend Königreiche gegeben, von denen außer Bhutan nur noch Nepal als Monarchie übrig geblieben sei. Dies habe den bhutanischen König zum Handeln bewegt. Im Februar sei ein neuer Freundschaftsvertrag zwischen Indien und Bhutan in Kraft getreten. Einige Zeit lang hätten indische Freiheitskämpfer Bhutan als Rückzugsgebiet genutzt, was Spannungen mit Indien verursacht habe. Im Dezember 2003 habe Bhutan die indischen Kämpfer aber vertrieben. Seit 1971 sei das Land Mitglied der UN und unterhalte zu etwa 20 Ländern diplomatische Beziehungen, nicht jedoch zu den USA, China oder Deutschland. Dies sei damit zu erklären, dass Bhutan an guten Beziehungen zu seinen Nachbarn interessiert sei und sich generell aus problematischen Verstrickungen der Weltpolitik heraushalten wolle. Die Forderungen Deutschlands nach einem permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat hätten außerdem die Bemühungen um eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern erschwert.

Im Jahre 1957 habe es in Bhutan noch keine Straßen gegeben. Heute durchziehen 3.200 km Straße das Land von Ost nach West. Darüber hinaus gebe es einige Nord-Süd-Straßen. Das mit der Hilfe kanadischer Jesuiten aufgebaute Schulsystem in englischer Sprache und das Gesundheitssystem seien kostenlos.

30 Prozent des Staatshaushaltes werde durch Laufwasserkraftwerke, die Strom für den Verkauf nach Indien lieferten, gewonnen. Auch der Hochpreis-Tourismus sei eine Einnahmequelle.

Lange Zeit habe es keine Juristen im modernen Sinne gegeben, sodass die Schaffung eines Justizsystems schwierig gewesen sei. Mittlerweile hätten jedoch einige Juristen im Ausland studiert. Seit 2004 verfüge Bhutan über ein modernes Strafrecht ohne Todesstrafe. Auch die MDGs werde das Land sicher erfüllen, versicherte Herr Kulesa. Zwar gebe es noch zahlreiche Analphabeten, besonders unter den Älteren, aber so gut wie alle Kinder gingen zur Schule. Die Elektrifizierung des Landes schreite voran. Man sei sehr umweltbewusst. Während im sonstigen Himalaya das Abholzen von Bäumen ein großes Problem darstelle, geschehe dies in Bhutan nicht. Ein Viertel des Staatsgebietes seien Naturreservate, Plastiktüte und Rauchen seien verboten. Mittlerweile habe sich das Handy als wichtiges und preiswertes Kommunikationsmittel durchgesetzt.

Die Demokratisierung dagegen, fuhr Herr Kulesa fort, gestalte sich eher langsam. Im Jahre 1953 sei die erste Nationalversammlung des Landes zusammengetreten, zu der Zeit seien alle Mitglieder vom König ernannt gewesen. Einige Zeit darauf seien in den Landkreisen Bürgermeister und Räte gewählt worden, die die Entscheidungsgewalt über Investitionen zugesprochen bekommen hätten. Im Jahre 1998 seien erstmals Minister gewählt worden.

Die letzte Nationalversammlung habe aus 150 Mitgliedern bestanden. Die neue Verfassung von Bhutan sei nach dem genauen Studium zahlreicher internationaler Beispiele entstanden. Das Parlament bestehe aus zwei Kammern, der Nationalversammlung und dem Nationalrat. Die Nationalversammlung werde frei gewählt, sie dürfe jedoch nur aus zwei Parteien bestehen. Der Nationalrat bestehe aus 25 Abgeordneten, von denen 20 gewählt (je einer pro Distrikt) und fünf vom König bestimmt würden. Das Zweiparteiensystem beruhe auf der Angst vor zu großer Zersplitterung. Um die Bestechung mit Ämtern zu verhindern, sei es nicht möglich, die Parteien zu wechseln. Um zwei Parteien zu erhalten sei zunächst die Idee gewesen, bei einer Vorabstimmung nur die beiden erfolgreichsten Parteien für die endgültige Abstimmung zuzulassen. Diese Idee scheine jedoch nicht aufzugehen, da die Parteien zu schnell wieder fusionierten. Man habe eine Anti-Korruptions-Kommission eingerichtet, da eine große Sorge sei, dass mit der Demokratisierung die bisher sehr niedrige Korruption wachsen könnte. Auch

beständen Bedenken, dass damit eine Streitkultur im Lande entstehe und die Einflüsse von außen stärker würden. Bemerkenswert sei weiterhin, dass die Verfassung nur für Akademiker das passive Wahlrecht vorsehe. Da es jedoch nur etwa 10.000 Akademiker in Bhutan gebe, bemängelten Viele diese Tatsache als undemokratisch. Auch den früheren Nationalversammlungsmitgliedern sei somit der Weg in die Politik weitgehend versperrt. Viele würden nun Parteifunktionäre. Fast alle Akademiker hätten im Ausland studiert, denn in Bhutan gebe es erst seit zwei oder drei Jahren eine Universität.

Herr Kulesa schloss seine Ausführungen mit einem Ausblick auf die kommenden Monate: Es habe bereits eine Probewahl mit indischen Wahlautomaten stattgefunden, aus der man gelernt habe, dass es nötig sei, die Parteien durch Symbole zu kennzeichnen. Im Dezember werde der Nationalrat gewählt, im Februar/März die Nationalversammlung. Danach werde die Verfassung ratifiziert, die alte Regierung trete zurück, die neue werde bestimmt und der neue König gekrönt.

Die Diskussion wurde mit der Frage eröffnet, welche Begehrlichkeiten es aus dem Ausland auf Bhutan gebe. Seien andere Länder an Bodenschätzen, Arbeitskraft oder Know-how interessiert? Herr Kulesa antwortete, es gebe keine großen Bodenschätze im Land. Auch die Industrie sei nur schwach ausgeprägt. Es würden einige Call-Center von indischen Unternehmen existieren. Jedoch würde der anspruchsvolle Tourismus an Bedeutung gewinnen. Ansonsten habe es das Land, das in einer Wirtschafts- und Währungsunion mit Indien zusammengeschlossen sei, nicht leicht, sich gegen den indischen Markt zu behaupten. Politisch erfordere die Position zwischen Indien und China großes Geschick. Allerdings habe das Land bei dem indisch-chinesischen Krieg von 1962 seine Souveränität wahren können.

Auf die Frage, ob und wie die beiden Parteien politisch verortet seien, antwortete Herr Kulesa, dies sei in keiner Weise mit unserem Parteiensystem zu vergleichen. Die Parteien seien gerade damit beschäftigt, ihre Parteiprogramme zu schreiben, hielten sich dabei jedoch sehr eng an die Verfassung. Grundsätzlich würden die Bhutaner wohl noch eher ihnen bekannte Personen als Parteiprogramme wählen. Zwar hätten sie der Anregung einer Tagung in der HSFK¹ entsprochen, die Parteien auch von innen demokratisch zu strukturieren, doch davon abgesehen seien sie recht eigenständig und beratungsresistent. Internationale Berater gebe es für Bhutan aus der ganzen Welt, in Europa existierten etwa zwölf Gesellschaften für Bhutan. Auf Nachfrage erklärte Herr Kulesa, besonders Indien sei interessiert daran, auf Bhutan Einfluss zu nehmen. China sei mehr außen vor.

Frau Lindemann erkundigte sich, mit Bezug auf den heutigen Rahmen des entwicklungspolitischen Fachgesprächs welche Chancen die EZ in Bhutan hätte. Herr Kulesa entgegnete, er halte es für einen Fehler, dass die deutsche EZ gerade jetzt eingestellt worden sei. Neben der staatlichen EZ habe besonders die Deutsche Welle große Verdienste bei der Ausbreitung von Radio und Fernsehen gehabt. Universitätskontakte, oder Programme wie das des ZEF für bhutanische Stipendiaten, seien wünschenswert.

Herr Oldenbruch fragte, ob das monarchische System und der Buddhismus eine geeignete Grundlage für die bei einer Demokratisierung wichtige Gewaltenteilung bildeten oder ob sich beides nicht im Weg stände. Herr Kulesa erinnerte daran, dass auch Sri Lanka und Thailand buddhistische Länder seien, in denen die Gewaltenteilung funktioniere. Sie werde sich auch in Bhutan durchsetzen. Alle, auch Beamten und der König, würden im Alter von 65 pensioniert, Geistliche dürften nicht wählen. Ob die in der Verfassung festgeschriebenen Grundsätze tatsächlich so umgesetzt würden, müsste sich erst noch zeigen.

Auf Nachfrage ergänzte er, die Astrologen kämen in der Verfassung nicht vor, hätten aber sonst eine große Bedeutung.

¹ Hessische Stiftung für Frieden und Konfliktforschung

Ein Teilnehmer, der ebenfalls Bhutan bereist hatte, äußerte die Meinung, dass die Chancen gut ständen, die Gewaltenteilung durchzusetzen, dass so etwas jedoch nicht in wenigen Jahren geschehen könne. Herr Oldenbruch unterstrich, dass es eine Illusion sei, Demokratie schnell von oben einzuführen.

Eine ZuhörerIn erkundigte sich, weshalb der Tourismus so restriktiv gehandhabt würde. Darauf antwortete Herr Kulesa, dass das kleine Land Massentourismus vermeiden wolle. Trotzdem würden in diesem Jahr wohl 20.000 Touristen nach Bhutan kommen. Man könne auch als Individualtourist reisen, doch betrügen die Kosten 200 \$ pro Tag. In den neuen Edelhotels zahle man sogar oftmals mindestens 1.000 \$ pro Tag.

Dr. Sabine Lindemann

Rosa Groezinger